



Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und Klimaschutz



Digitalpolitische Ressortstrategie

**Digitalisierung im Dienst von Landwirtschaft,
Umwelt und Klimaschutz**

Inhaltsverzeichnis

1	Kontext und Rahmenbedingungen	3
1.1	Kontext	3
1.2	Verortung und Anknüpfungspunkte unserer digitalpolitischen Ressortstrategie	4
1.2.1	Anknüpfung an die „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“	4
1.2.2	Anknüpfungspunkte zu Querschnitts- und Fachstrategien	5
2	Digitalpolitisches Leitbild	9
3	Zielsystem: Strategische Handlungsansätze, Ziele und Maßnahmen	11
3.1	Querschnittsziele: Mindestanforderungen an alle Digitalisierungsvorhaben	11
3.2	Handlungsansatz I: Digitale Verwaltung	12
3.3	Handlungsansatz II: Einsatz und Förderung neuer digitaler Technologien.....	15
3.4	Handlungsansatz III: Kooperation und Kommunikation	16
4	Ausblick: Umsetzung und Weiterentwicklung	20
4.1	Voraussetzungen für die Umsetzbarkeit und Zielerreichung	20
4.2	Weiterentwicklung und Umsetzungsorganisation im Ressort	20

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Überblick über (Fach-)Strategien auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene (Auswahl)	6
Abbildung 2:	Thematische Schnittmengen mit anderen Ressorts.....	8
Abbildung 3:	Darstellung des Zielsystems (Leitbild, Querschnittsziele, Handlungsansätze und Ziele)	11

1 Kontext und Rahmenbedingungen

1.1 Kontext

Im Dezember 2018 wurde die „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“ von der Landesregierung Brandenburg beschlossen. Als erste umfassende Digitalstrategie verfolgte die Strategie einen ressortübergreifenden und integrativen Ansatz in 7 Handlungsfeldern mit 202 untergeordneten Maßnahmen.

Aufgrund der langfristigen Ausrichtung unterliegt die Zukunftsstrategie einer regelmäßigen Evaluation, die zuletzt 2020 sowohl Stärken als auch Schwächen identifizierte.¹ Der uns vorliegende Bericht konstatierte eine mangelnde Harmonisierung und Messbarkeit unter den Maßnahmen, die unter anderem auch dem Entstehungsprozess geschuldet waren.

Zugleich profitierte die Zukunftsstrategie von einer wachsenden Koordinierung innerhalb der Behörden, sodass zum Zeitpunkt der Evaluation etwa 20 Prozent der in der Zukunftsstrategie enthaltenen Maßnahmen bereits umgesetzt werden konnten. Ein Großteil der Maßnahmen befindet sich jedoch gegenwärtig noch in der Umsetzung.

Zur Weiterentwicklung im Kontext der Zukunftsstrategie hat die Staatskanzlei des Landes Brandenburg das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) sowie alle weiteren Ressorts damit beauftragt, jeweils eine eigene digitalpolitische Ressortstrategie zu entwickeln. Die ressortspezifischen Strategien sollen das gesamte Ressort, inklusive den nachgeordneten Behörden, umfassen.

Das MLUK setzt sich gemäß diesem Auftrag mit seiner digitalpolitischen Ressortstrategie konkrete strategische Digitalisierungsziele für den Zeitraum von 2022 bis 2027. Relevante digitale Schwerpunkte der Zukunftsstrategie wurden dabei berücksichtigt. Darüber hinaus verortet sich die digitalpolitische Ressortstrategie auch im Kontext weiterer bestehender Querschnitts- und Fachstrategien auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene und erkennt Anknüpfungspunkte mit anderen Ressorts an.

Die digitalpolitische Ressortstrategie des MLUK ist in ihrer aktuellen Form eine gemeinsame Erklärung des MLUK und seiner nachgeordneten Behörden (nachfolgend wir). Im Kern stellt sie zunächst die aus dem Zuständigkeitsbereich resultierende Fachperspektive dar und formuliert damit einen klaren strategischen Standpunkt. Diesen Standpunkt definieren wir zunächst durch ein digitalpolitisches Leitbild (siehe Kapitel 2).

¹ Evaluation der „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“, Link: https://digitalesbb.de/wp-content/uploads/2020/10/Eval-Digitstrat-BB_Evaluationsbericht.pdf .

Das digitalpolitische Leitbild bildet den Ausgangspunkt und Rahmen für die konkrete Formulierung strategischer Ziele, die sich in drei Querschnittsziele und drei Handlungsansätze einordnen lassen:

1. Einsatz und Förderung neuer digitaler Technologien,
2. Kooperation und Kommunikation sowie
3. Digitale Verwaltung (siehe Kapitel 3).

Für die Ziele werden aktuell geplante Maßnahmen in einer Anlage aufgeführt, die zur Zielerreichung beitragen und bis spätestens 2027 umgesetzt werden sollen.

Für die Zielentwicklung haben wir über den Kreis des MLUK und seiner nachgeordneten Behörden hinaus eine ressortweite Interessengruppenanalyse, frühere Befragungen externer Beteiligter sowie Stellungnahmen, beispielsweise des Beauftragten der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen und des Landesseniorenbeauftragten, berücksichtigt. Wichtig war uns hierbei, auch diese Perspektiven und Beiträge aufzunehmen.

Kernpunkte, die auch in die vorliegende Strategie eingeflossen sind, waren der Bedarf nach noch mehr Transparenz bezüglich der Nutzung von Daten, die durch das MLUK erfasst werden, die Standardisierung und Vereinfachung von digitalen Verwaltungsverfahren und die Beachtung der Barrierefreiheit bei digitalen Vorhaben.

Aufgrund eines engen Zeitrahmens zur Erstellung der digitalpolitischen Ressortstrategie sehen wir vor, die relevanten Stakeholder stärker einzubeziehen und auf externe Expertise aus der Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zurückzugreifen.

Wir setzen uns in unserer digitalpolitischen Ressortstrategie ambitionierte Ziele, für deren Erreichung neben dem Einsatz unserer Kräfte zudem die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen, Infrastruktur und Ausstattung sowie Unterstützung durch zuständige Behörden und ein gestärkter ZIT-BB benötigt werden (siehe auch Abschnitt 4.1).

1.2 Verortung und Anknüpfungspunkte unserer digitalpolitischen Ressortstrategie

Unsere Digitalstrategie steht nicht isoliert, sondern fügt sich ein in den Kontext einer Vielzahl von strategischen Bemühungen und Rahmenbedingungen. Die zentralen Anknüpfungspunkte, die sich daraus für die Formulierung unserer Ziele ergeben, legen wir im Folgenden dar.

1.2.1 Anknüpfung an die „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“

Gerade für die Themenbereiche Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz ist die weitere Digitalisierung von immenser Bedeutung:

- für die Landwirtschaft zur Förderung von Effizienz und nachhaltigem Wirtschaften und
- für die Bereiche Umwelt und Klimaschutz als zentraler Hebel zur Erreichung der ambitionierten Regierungsziele.

In der Zukunftsstrategie wurden für den Zuständigkeitsbereich des MLUK bereits mehrere Ziele formuliert. So soll Brandenburg seine Vorreiterrolle in der digitalen Forst- und Landwirtschaft ausbauen, indem Unternehmen und Wertschöpfungsketten weiter digitalisiert werden.

Darüber hinaus sollen die verstärkte Bereitstellung und die Nutzung von Daten sowie von modernen Technologien gefördert werden. Digitale Ansätze sollen zudem die Einbindung der Öffentlichkeit in Entscheidungen und Verwaltungsverfahren vereinfachen und insbesondere den Einsatz moderner Technologien und datenbasierter Lösungen die land- und forstwirtschaftlichen Berufsbilder moderner und attraktiver gestalten. Nicht zuletzt sollen sie eine ressourcenschonende Bewirtschaftung der Flächen erleichtern, um dem Klimawandel und Flächenverlust entgegenzuwirken.

Auf dem Weg der Festigung der Vorreiterrolle in Brandenburg hat das MLUK bereits einige der Maßnahmen, die in der Zukunftsstrategie zur Erreichung der Ziele definiert wurden, umsetzen können. Dazu gehören:

- die Weiterentwicklung des Landwirtschafts- und Umweltinformationssystems Brandenburg (LUIS BB) in Form eines zentralen Zugangs,
- die Erweiterung des Datenangebots für einen geringeren Arbeitsaufwand in der Verwaltung,
- die Erleichterung des Zugangs zu Informationen und deren Verfügbarmachung für Havariedienstleistende, Entsorgungsunternehmen und Abfallunternehmen durch ein interaktives Datenangebot im LUIS-Abfallassistenten (einem Portal für freie Ausbildungsplätze in Agrarausbildungsbetrieben in Brandenburg) sowie
- die ressortweite Einführung der E-Akte VIS.

1.2.2 Anknüpfungspunkte zu Querschnitts- und Fachstrategien

Im Ressort sind zahlreiche rechtliche Vorgaben einzuhalten und EU-Fördergelder in großem Umfang zu verwalten. Dazu gehören diverse Richtlinien, die eine digitale Umsetzung erfordern (beispielsweise INSPIRE²-konforme Daten erzeugen) oder über digitale Anwendungen einfacher umgesetzt werden können (beispielsweise Monitoring-Pflichten, Vergabe von Fördergeldern).

² Infrastructure for Spatial Information in the European Community: Die INSPIRE-Richtlinie zielt darauf ab, eine Geodateninfrastruktur innerhalb der Europäischen Union (EU) zu schaffen. Diese soll den Austausch raumrelevanter Informationen zwischen Organisationen des öffentlichen Sektors und den Zugang der Öffentlichkeit zu Geodaten in ganz Europa erleichtern, Link: <https://www.inspire.gv.at/Allgemein/Rechtliche-Grundlagen-der-EU/Richtlinie-2007-2-EG.html#:~:text=Die%20INSPIRE-Richtlinie%20zielt%20darauf%20ab%2C%20eine%20Geodateninfrastruktur%20innerhalb,der%20%C3%96ffentlichkeit%20zu%20Geodaten%20in%20ganz%20Europa%20erleichtern> .

Darüber hinaus ergeben sich sowohl auf Landesebene als auch auf nationaler und internationaler Ebene aus diversen Strategien oder Programmen, die auf Digitalisierung fokussieren, sowie Fachstrategien Anknüpfungspunkte für unsere digitalpolitische Ressortstrategie. Die folgende Grafik gibt einen Überblick über die Vielfalt der zu berücksichtigenden Strategien oder Programme, deren Zielerreichung direkt oder indirekt mit der Digitalisierung verknüpft ist:

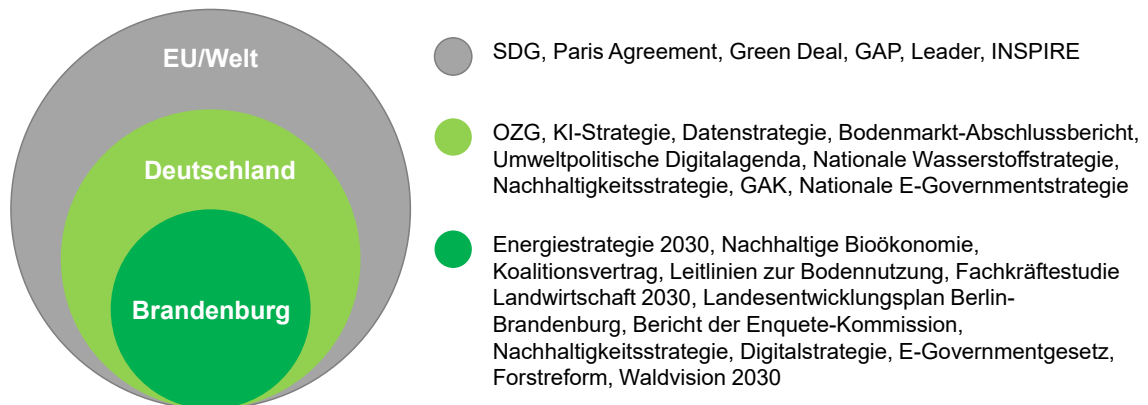


Abbildung 1: Überblick über (Fach-)Strategien auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene (Auswahl)

Die vorliegende Strategie hat grundsätzlich den Anspruch, sich in dieses breite Ökosystem von Strategien und Rahmenbedingungen einzufügen. Im Sinne einer prägnanten Strategieformulierung wird an dieser Stelle jedoch auf eine detaillierte Bezugnahme auf jedes einzelne Ziel dieser Kontextdokumente verzichtet. Stattdessen heben wir im Folgenden die aus unserer Sicht besonders wichtigen Anknüpfungspunkte für die vorliegende Strategie auf EU-Ebene und Bundesebene hervor:

- EU-Ebene: Die rechtlichen Verpflichtungen werden künftig verstärkt digital nachgehalten. Beispielsweise sehen die Richtlinien der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ein Monitoring der Agrarflächen durch Satellitendaten vor. Bei der Verteilung der Fördergelder ELER³ über die GAP ist in der zweiten Säule künftig das Schwerpunktthema „Wissen, Innovation und Digitalisierung“ eingeplant. Entsprechend der nationalen Planung⁴ geht es vor allem um die Bereitstellung der Infrastruktur im ländlichen Raum.
- Bund: Für die digitalpolitische Ressortstrategie ergeben sich Anknüpfungspunkte aus der „Umweltpolitischen Digitalagenda“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) sowie der „Nationalen Strategie Künstliche Intelligenz“ (KI-Strategie) der Bundesregierung und den darin geplanten Maßnahmen. Darüber hinaus ist die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ein wichtiger Schritt hin

³ Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums.

⁴ BMEL - Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) - GAP-Strategieplan für die Bundesrepublik Deutschland, Link: <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-strategieplan.html> .

zu einer bürger- und unternehmensfreundlichen Verwaltung, die als Schnittstelle zwischen den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Belangen dient.

- Land: Die Digitalisierung kann nur ressortübergreifend gedacht werden, da sich an vielen Stellen Synergien und Anknüpfungspunkte ergeben. Insbesondere dort, wo digitale Technologien genutzt werden, um nachhaltige Konzepte voranzubringen, lohnt sich eine ressortübergreifende Betrachtung. Neben der „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“ und dem Koalitionsvertrag ergeben sich auf Landesebene Anknüpfungspunkte in verschiedenen Politikfeldern: Sowohl bei der Fachkräftesicherung im Agrar- und Forstbereich als auch bei der Etablierung einer nachhaltigen Bioökonomie und der Umsetzung der Leitlinien zur Bodennutzung können digitale Anwendungen die Transparenz erhöhen, die Kommunikation erleichtern und dafür sorgen, dass Kommunen, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Umsetzung eingebunden werden.

Einen hohen Mehrwert verorten wir insbesondere beim digital gestützten Flächenmanagement. Die Digitalisierung ermöglicht hier eine ganzheitliche Sicht auf die Verteilung und Nutzung der Brandenburger Flächen und könnte landesweit in den Kommunen dazu beitragen, die Ökosystemleistungen besser einschätzen und bewerten zu können. Weitere thematische Schnittmengen mit anderen Ressorts zeigt die Abbildung 2 auf.

Anknüpfungspunkte bestehen für uns darüber hinaus zur E-Government-Strategie des Landes Brandenburg oder auch zu der in Erarbeitung befindlichen Open-Data-Strategie (beides unter der Federführung des Ministeriums des Innern und für Kommunales (MIK) des Landes Brandenburg).



Abbildung 2: Thematische Schnittmengen mit anderen Ressorts

Des Weiteren ist aus unserer Sicht die Nachhaltigkeit ein Querschnittsthema, das in der Digitalisierung immer mitgedacht werden muss. Es sollte darauf hingewirkt werden, dass die Digitalisierung an sich nachhaltig gestaltet wird. Das heißt, dass Digitalisierungsvorhaben über die Ressortgrenzen hinaus möglichst ressourcenschonend und klimaneutral geplant und umgesetzt werden sollten.

2 Digitalpolitisches Leitbild

„Der Klimawandel schreitet voran, Lebensräume verschwinden und Arten sterben aus: Ein gutes Leben in einer intakten Umwelt wird mittelfristig auch in Deutschland und Europa keine Selbstverständlichkeit mehr sein. Zentrale Bereiche unseres Lebens werden sich wandeln müssen. Wirtschaft, Arbeit, unser gesamter Alltag stehen vor einem sozial-ökologischen Umbau. Die Weichen dafür stellt der Mensch in diesem Jahrzehnt. Ob der Weg in eine lebenswerte, treibhausgasneutrale Zukunft führt, hängt auch von der Gestaltung der Digitalisierung ab.“⁵

Im Sinne der „Umweltpolitischen Digitalagenda“ auf Bundesebene verstehen auch wir die Digitalisierung als Motor für eine nachhaltige Zukunft und stellen sie in den Dienst von Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft, Ressourcenschutz, Biodiversität und Natur.

Die digitale Transformation soll dazu beitragen, die Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen zu erreichen und Nachhaltigkeit auf allen Ebenen zu fördern.⁶ Dabei steht für uns gemäß unserer fachlichen Zuständigkeit zwar die ökologische Dimension im Fokus, jedoch berücksichtigen wir stets die eng verknüpften ökonomischen und sozialen Aspekte bei der Planung und Umsetzung konkreter Vorhaben. Der Erhalt der Biosphäre und damit der Erhalt von Ökosystemleistungen, wie sauberes Wasser und saubere Luft, eine intakte Umwelt und fruchtbare Böden, bilden dabei die Grundlage für alle weiteren Ziele – vor allem in einem land- und forstwirtschaftlich geprägten Flächenland wie Brandenburg.

Unser digitalpolitisches Leitbild setzt sich in diesem Kontext aus drei Prinzipien zusammen, die den Rahmen für die strategische Zielformulierung bilden:

1. Nutzenorientiert: Digitalisierung als Hebel verstehen

Wir verstehen die Digitalisierung nicht als Selbstzweck, sondern immer als Hebel zur Erreichung übergeordneter Zielstellungen. So kann der Einsatz von Digitalisierung und innovativen Technologien maßgeblich dazu beitragen, den globalen Herausforderungen, wie der Erhalt der Biosphäre und der Klimawandel, zu begegnen.

Darüber hinaus können Digitalisierungsvorhaben bestehende Prozesse effizienter machen und die Wirtschaftlichkeit, beispielsweise in der Landwirtschaft, erhöhen. Angefangen bei digitalisierten Verwaltungsprozessen und einer auf die Nutzerinnen und Nutzer ausgerichteten Kommunikation, über die Bereitstellung und Auswertung von Umweltdaten bis hin zu KI-gestützten Prognosen und Anwendungsszenarien kann die Digitalisierung einen Beitrag leisten, um heute die richtigen Entscheidungen für morgen zu treffen und Ökosystemleistungen auch auf

⁵ BMU 2020, Umweltpolitische Digitalagenda, Link: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Digitalisierung/digitalagenda_bf.pdf .

⁶ Stockholm Resilience Center 2019, Vortrag und Grafik „How Food connects all the SDGs“, Link: <https://stockholmresilience.org/research/research-news/2016-06-14-how-food-connects-all-the-sdgs.html> .

lange Sicht zu erhalten. Worin genau der jeweilige Nutzen liegen kann, ist dabei in jedem Einzelfall unter Berücksichtigung der erwarteten Auswirkungen abzuwägen.

Dabei verkennen wir nicht, dass die Digitalisierung aus umweltpolitischer Sicht auch Nachteile mit sich bringt. Die Produktion von Hardware für die Anwendung digitaler Lösungen oder die Nutzung von Software für den Betrieb digitaler Angebote bedingt den Verbrauch von Energie und Ressourcen sowie Treibhausgasemissionen. Wir setzen uns daher für eine nachhaltige Digitalisierung ein, streben klimaneutrale Lösungen an und fördern den Einsatz ressourcenintensiver Technologien gezielt nur dort, wo sie langfristig einen Mehrwert bringen.

2. Gemeinsam: Digitalisierung kooperativ gestalten

Wir sehen uns als aktiv Beteiligte in einem gemeinsamen gesellschaftlichen Umfeld mit Unternehmen, Kommunen, Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern. In diesem Netzwerk setzen wir auf eine kooperative Herangehensweise, um einerseits fachpolitische Vorhaben mit digitalen Ansätzen zu stärken und diese gemeinsam mit den Beteiligten nachhaltig und zweckdienlich zu gestalten. Im Fokus steht dabei immer die Orientierung an den Anwendern und Anwenderinnen: Prozesse werden bei ihrer Digitalisierung hinterfragt. Die Komplexität soll reduziert und eine leichte Nutzbarkeit, beispielsweise durch einheitliche Standards in verschiedenen Prozessen, sichergestellt werden. Dazu verstärken wir den bereits bestehenden Austausch mit wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beteiligten und fördern kooperative Lösungsansätze dort, wo sie einen Mehrwert bieten.

Andererseits soll die Beteiligung selbst durch digitale Technologien eine breite Teilhabe der Gesellschaft an der Beschreibung des Zustandes von Natur und Umwelt („Citizen Science“, „Crowd Sourcing“) und neue Formen der Mobilität, der Produktion, des Konsums und der Wissensvermittlung ermöglichen und neue umweltbewusste Verhaltensmuster und Lösungen („Smart x“) kommunizieren.

Auch innerhalb der Verwaltung setzen wir auf Kooperation über die Ressortgrenzen hinaus: Bei verwaltungsinternen Digitalisierungsvorhaben und der digitalen Bereitstellung von Dienstleistungen für die Bürger und Bürgerinnen setzen wir, wo es sinnvoll und möglich ist, auf Synergieeffekte mit anderen Ressorts.

3. Übergreifend: Digitalisierung in allen Kontexten vorantreiben

Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung, wo immer diese einen Mehrwert bieten:

- bei fachpolitischen Vorhaben durch den Einsatz und die Förderung innovativer digitaler Technologien,
- bei der Umsetzung rechtlicher Vorgaben durch die Digitalisierung bestehender Daten und Prozesse,
- bei der Suche nach kreativen, digitalen und nutzungsfreundlichen Lösungen und
- bei der Förderung neuer Denkweisen, die digitale Methoden und Ansätze integrieren,
- bei der eigenen Arbeit durch die Digitalisierung und Optimierung von verwaltungsinternen Abläufen und Prozessen.

3 Zielsystem: Strategische Handlungsansätze, Ziele und Maßnahmen

Um die Prinzipien des digitalpolitischen Leitbilds zu konkretisieren, setzen wir uns spezifische strategische Ziele. Diese gliedern sich in drei Querschnittsziele und drei Handlungsansätze, welche die verschiedenen Aspekte des Leitbilds adressieren: *Einsatz und Förderung neuer digitaler Technologien, Kooperation und Kommunikation* sowie *Digitale Verwaltung*.

Die Ziele selbst stellen den ersten Schritt zur Übersetzung des digitalen Leitbilds in das Verwaltungshandeln der Mitarbeitenden im MLUK dar. Da die Strategie einen Gültigkeitsanspruch bis etwa 2027 hat, sind auch die Ziele auf einem Abstraktionsgrad formuliert, der sie für diese Laufzeit beständig macht.

Nochmal konkreter wird die Strategie auf der Maßnahmenebene. Je Ziel werden aktuell geplante Maßnahmen in einer Anlage aufgeführt, die zur Zielerreichung beitragen und bis 2027 umgesetzt werden sollen. Die Maßnahmen sind nicht abschließend zu verstehen, sondern lassen Raum für eine Weiterentwicklung und Ergänzung auch während der Laufzeit der Strategie, um auf zwischenzeitliche Impulse und neue Möglichkeiten reagieren zu können.

Darstellung des Zielsystems (Leitbild, Querschnittsziele, Handlungsansätze und Ziele)



Abbildung 3: Darstellung des Zielsystems (Leitbild, Querschnittsziele, Handlungsansätze und Ziele)

3.1 Querschnittsziele: Mindestanforderungen an alle Digitalisierungsvorhaben

Unabhängig vom konkreten Zweck eines Digitalisierungsvorhabens kann dieses aus unserer Sicht nur dann effektiv und erfolgreich sein, wenn gewisse Mindestanforderungen erfüllt werden. Diese umfassen die Dimensionen Nachhaltigkeit, Sicherheit und Teilhabe. Wir setzen uns daher übergreifende Querschnittsziele, die wir bei

der Planung und Umsetzung jeglicher digitaler Vorhaben berücksichtigen. Bei Zielkonflikten achten wir auf eine begründete Verhältnismäßigkeit in der Umsetzung.

Wir stellen bei **allen von uns begleiteten und angestoßenen Digitalisierungsvorhaben** sicher, dass...

... die Gestaltung unter **nachhaltigen Gesichtspunkten** erfolgt, um umweltpolitische Nachteile durch einen höheren Verbrauch von Energie und Ressourcen zu vermeiden. Dabei betrachten wir auch die durch digitale Prozesse eingesparten anderen Ressourcen (beispielsweise Einsparungen bei Papier und Autofahrten durch automatisierte, digitale Datenerhebungen). Bei Vergaben prüfen wir, ob eine nachhaltige Umsetzung als Leistungskriterium bei der Auswahl eines Produkts beziehungsweise eines Auftragnehmers oder einer Auftragnehmerin berücksichtigt werden kann.

... die **Informationssicherheit und der Datenschutz** gewährleistet werden, um etwaige Risiken weitmöglichst zu vermeiden.

... die Anforderungen an die **Barrierefreiheit** erfüllt werden, um im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und der Aufgaben des Ressorts allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Wir sind uns bewusst, dass sich Barrieren ebenso wie Hilfsmittel, die der Überwindung dieser Barrieren dienen, einem stetigen Wandel unterliegen. Dies bedeutet, dass auch der Prozess zur Beseitigung von Barrieren, gleich welcher Art, dynamisch gestaltet werden muss. Dementsprechend sind die zur Inklusion und zum Abbau von Barrieren ergriffenen Maßnahmen regelmäßig an den jeweils aktuellen Bedingungen zu messen und falls erforderlichen anzupassen.

3.2 Handlungsansatz I: Digitale Verwaltung

Unsere digitalpolitische Ressortstrategie bezieht sich auch auf die Digitalisierung der Verwaltung selbst und nimmt dabei zwei Perspektiven ein: nach innen und nach außen gerichtet. Mit Blick nach außen sollen bereits bestehende und zukünftige Verwaltungsvorgänge und -prozesse, mit denen die Gesellschaft und die Wirtschaft in direkte Berührung kommen, digitalisiert werden. Auf diese Weise wird der Zugang erleichtert und die Erledigung effizienter.

Mit Blick nach innen wollen wir als modernes Ressort auch unsere internen Verwaltungsverfahren und Arbeitsabläufe beziehungsweise Kommunikationswege weiter digital optimieren, sodass wir uns in der Vorreiterrolle bei der Binnendigitalisierung in Brandenburg behaupten können. Wir setzen uns mit Blick auf die digitale Verwaltung daher folgende konkrete Ziele:

a. *Wir digitalisieren Verwaltungsprozesse intern und nach außen gerichtet, um den Aufwand für alle Beteiligten zu minimieren und den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen einen besseren und schnelleren Service zu bieten.*

Die Berührungspunkte der Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und weiteren Beteiligten liegen vor allem in Verwaltungsprozessen. Unser Anliegen ist es, an diesen Stellen modern aufzutreten, indem wir Verwaltungsprozesse mithilfe der Digitalisierung nutzungsfreundlich und effizient gestalten. Das geschieht zum Beispiel durch die Bereitstellung von Portalfunktionen, um den Anwenderinnen und Anwendern eine einfache Orientierung und Führung durch die verschiedenen Anwendungen bieten zu können.

Zudem leisten wir unseren Beitrag zur fristgemäßen Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, indem wir nutzerorientierte, volldigitale und durch Portale verbundene Online-Antragsverfahren anbieten.

Gleichermaßen möchten wir auch nach innen gerichtet die Chancen der Digitalisierung nutzen. Wir greifen daher neue Trends sowie Ideen unserer Beschäftigten auf, um im Zuge der digitalen Transformation auch unsere internen Arbeitsabläufe zu erleichtern und effizienter zu gestalten. Dabei begreifen wir die digitale Verwaltungsmodernisierung als einen dynamischen Prozess und entwickeln unsere digitalen Anwendungen permanent weiter.

Nach unserem Verständnis sollte Digitalisierung immer nutzungsorientiert erfolgen, das heißt, insbesondere die Anwenderinnen und Anwender mit ihren Bedarfen ins Zentrum der Entwicklung und Weiterentwicklung stellen. Wir achten darauf, dass digitale Anwendungen immer auf Basis einer Erhebung bei den Anwendern und Anwenderinnen entwickelt, erst nach ausführlichem Testing ausgerollt und durch regelmäßige Umfragen unter den Nutzenden validiert sowie regelmäßig weiterentwickelt werden. Unsere digitalen Anwendungen führen stets alle unsere Daten – behördenübergreifend – an den Verfahren zielorientiert zusammen.

Unser Ziel ist es, einheitliche und integrierte Systeme zu entwickeln. Das heißt, nach Möglichkeit sollten Verfahren standardisiert und Basiskomponenten genutzt werden. Insellösungen sollten vermieden und Schnittstellen zu bestehenden Systemen geschaffen werden.

b. *Wir fördern die digitalen Kompetenzen unseres Verwaltungspersonals sowie einen Wandel der Arbeitskultur, um neue digitale Anwendungen zur Optimierung von Verwaltungsabläufen effektiv einsetzen zu können und den Mitarbeitenden ihre Arbeit zu erleichtern.*

Digitalisierung ist nur dann sinnvoll und effektiv, wenn sie den Menschen bereits in der Planung mitdenkt und ihn befähigt, die digitalisierten Anwendungen auch zu nutzen. Insbesondere mit Blick auf historisch

gewachsene, jahrelang eingeübte Prozesse und Abläufe in der Verwaltung ist es daher entscheidend, das Verwaltungspersonal einerseits durch Schulungen und Weiterbildungen in die Lage zu versetzen, digital zu arbeiten. Auch neue Einsatzgebiete, wie die digitale Kommunikation nach außen, um aktiv über Verwaltungshandeln zu informieren und aufzuklären (beispielsweise über Social Media), sollten erlernt werden.

Andererseits ist es wichtig, auch arbeitskulturelle Aspekte zu berücksichtigen sowie Offenheit und Begeisterung für neue und innovative Arbeitsweisen zu fördern. Denn mit der Digitalisierung gewinnt sowohl das interpersonelle als auch das inter- und intrainstitutionelle Miteinander immer mehr an Bedeutung. Wir arbeiten auch in dieser Hinsicht abteilungsübergreifend sowie in der Ressortkommunikation zusammen und fördern gemeinsam das Verständnis für digitale Chancen und Risiken sowie für innovative Ansätze. Hierfür etablieren wir ein zielgerichtetes Veränderungsmanagement sowie adäquate Vorgaben und setzen Anreize.

Die Pilotierung von neuen Anwendungen mit besonders affinen Beschäftigten kann diese als „interne Pioniere“ sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner positionieren. Sie können im weiteren Implementierungsprozess ihr kollegiales Umfeld unterstützen und für die neuen Anwendungen begeistern. Insofern fördern wir eine proaktive Einstellung gegenüber digitalen und technologischen Neuerungen sowie für Kooperationen, die ressort- und behördenübergreifend sind.

Wir begreifen die Digitalisierung der Verwaltung als prioritäre Führungsaufgabe. Digitalisierung wird nicht lediglich als spezielle Aufgabe der für Informationstechnik zuständigen Bereiche, sondern als wichtiger Bestandteil des gesamten Führungshandelns verstanden. Dazu gehört die Entwicklung einer für die Digitalisierung offenen und innovativen Verwaltungskultur. Die Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen ist wesentlicher Teil der Führungsaufgabe. Die Digitalisierung der Verwaltung kann nur gelingen, wenn für alle Teile der Verwaltung erkennbar ist, dass sie ein herausragendes und nachhaltiges Anliegen der Führung ist. Dieser Anspruch soll für die zentral für die Koordinierung von Digitalisierungsaufgaben zuständigen Stellen gelten, aber selbstverständlich auch für die Fachbereiche.

Eine Unterscheidung zwischen fachlichen und IT-Aspekten sollte zugunsten einer einheitlichen Bearbeitung vermieden werden. Eine zeitgerechte und erfolgreiche Wandlung in eine digitalisierte Verwaltung erfordert zwingend die notwendige Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen. Die Bereitstellung dieser Ressourcen ist Führungsaufgabe.

3.3 Handlungsansatz II: Einsatz und Förderung neuer digitaler Technologien

Der Einsatz und die Förderung von neuen digitalen Technologien zielt darauf ab, über alle Fachbereiche des MLUK hinweg einen Mehrwert zu stiften. Wir verfolgen damit sowohl ressortspezifische Anliegen, wie die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Lebensräume und die Förderung ländlicher Räume, als auch übergreifende Anliegen der Daseinsvorsorge, wie die Bewahrung von Lebensgrundlagen und die Sicherung der Nahrungsversorgung durch die Landwirtschaft sowie nachhaltiges Wirtschaften.

Darüber hinaus leisten wir einen Beitrag zu den Brandenburger Klimaschutz- und Nachhaltigkeitszielen. Wir setzen uns mit Blick auf den Einsatz und die Förderung neuer digitaler Technologien daher folgende konkrete Ziele:

- a. Wir unterstützen die passgenaue Entwicklung innovativer digitaler Technologien für Brandenburger Anwendungsfälle, um einen Mehrwert für die Landwirtschaft, die Umwelt und das Klima zu generieren.***

Beispielsweise kann Künstliche Intelligenz über Mustererkennung und Auswertung sowie durch die Erstellung von Prognosen und Zukunftsmodellen maßgeblich zu einer nachhaltigeren Bewirtschaftung von Flächen beitragen (siehe auch KI-Strategie der Bundesregierung). So kann durch den Einsatz digitaler Technologien der Ökolandbau gefördert und im konventionellen Anbau die Nutzung von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldünger reduziert werden. Precision Farming kann den Umweltschutz stärken. Damit können digitale Ansätze Gutes für unsere Umwelt, für das Klima und für unsere eigene Gesundheit bewirken.

Auch im Bereich Gefahrenabwehr können neue und digitale Technologien einen großen Mehrwert bieten. Ein gutes und erfolgreiches Beispiel hierfür ist das seit 2021 bestehende, modernisierte System „FireWatch“ zur Waldbrandfrüherkennung. Dieses automatisierte, sensorbasierte System warnt automatisch die zuständigen Waldbrandzentralen bei Rauchentwicklungen und ermöglicht es, Waldbrände frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen.

Um sinnvolle Anwendungsszenarien für digitale Lösungen, wie Machine Learning und Künstliche Intelligenz, in Brandenburg zu identifizieren, schauen wir über den Brandenburger Horizont hinaus. Wir verschaffen uns einen Überblick über aktuelle und kommende IT-Trends, um Digitalisierungspotenziale zu erkennen und ihre Anwendbarkeit für Brandenburg zu prüfen. Auf Basis dieser Inspiration sollen regional angepasste Lösungen entwickelt und die entsprechenden Vorhaben in Brandenburg gefördert werden. Dabei geht es nicht nur um gänzlich neue Anwendungen, sondern auch um die Verbesserung bestehender Instrumente und Prozesse durch digitale Technologien.

Um Nutzenorientierung und Wirtschaftlichkeit (beispielsweise bestehende Lösungen versus Eigenentwicklung) bei der Beschaffung digitaler Anwendungen in Balance zu bringen, erheben wir Anforderungen und analysieren den bestehenden Markt.

b. *Wir tragen dazu bei, dass die Fördergelder des Bundes und der Europäischen Union in innovative digitale Lösungen zum Schutz des Klimas, der Umwelt und der Ressourcen nach Brandenburg fließen.*

Der Bund und die Europäische Union stellen eine Vielzahl von Fördergeldern für die Digitalisierung zur Verfügung. Diese sollten aus unserer Sicht insbesondere dort eingesetzt werden, wo die Digitalisierung einen Mehrwert für den Schutz des Klimas, der Umwelt und der Ressourcen leisten kann. Dafür fördern wir den Transfer innovativer Lösungen innerhalb Brandenburgs und über die Landesgrenzen hinaus. Insbesondere unterstützen wir Brandenburger Tech-Start-ups in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz sowie Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft, um digitale Wertschöpfungsmodelle im grünen Sektor zu fördern. Wir arbeiten mit Beteiligten aus der Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammen, um gemeinsam die Herausforderungen unserer Zeit anzugehen.

c. *Wir unterstützen die Digitalisierung regionaler Wertschöpfungsketten und stärken damit die regionale Entwicklung.*

Die Digitalisierung von Wertschöpfungsketten charakterisiert sich unter anderem durch die stärkere Verbreitung von Plattformen. Plattformen können den Zugriff von Zwischenkunden und Endkunden auf lokal produzierte Produkte beziehungsweise die Reichweite von Lieferketten erweitern und damit den potenziellen Markt für regionale Produzierende vergrößern.

Die Verknüpfung von Produzierenden sowie Abnehmern und Abnehmerinnen von forst-, land- und ernährungswirtschaftlichen Gütern kann digital optimiert werden. Um die regionale Brandenburger (Land-)Wirtschaft und den ländlichen Raum zu fördern, unterstützen wir daher digitale Vorhaben zur Modernisierung von Wertschöpfungsketten.

3.4 Handlungsansatz III: Kooperation und Kommunikation

Wir wollen die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger im Land Brandenburg erhöhen, die Bedingungen für die (Land-)Wirtschaft optimieren und Klima- und Umweltverbände in ihrer Arbeit unterstützen. Mit innovativen, digitalen Lösungen wollen wir dazu beitragen, den Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam zu begegnen. Daher suchen wir den Dialog mit relevanten Beteiligten und nutzen die Digitalisierung als Möglichkeit, uns noch besser über die Grenzen unserer Institutionen hinweg zu vernetzen und auszutauschen. Wir setzen uns mit Blick auf die Kooperation und die Kommunikation daher folgende konkrete Ziele:

a. *Wir nutzen digitale Verfahren und Kooperationsmodelle, um die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen über relevante Themen zu informieren, an landesübergreifenden Entscheidungsprozessen zu beteiligen und Nachhaltigkeitsziele gemeinsam zu erreichen.*

Der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Kommunen ist für die Landesverwaltung essenziell, um bei Entscheidungsprozessen die Perspektiven der Beteiligten und Betroffenen aufzunehmen und in ihrem Sinne zu gestalten. Kommunen sind die Verwaltungsakteure, die am nächsten vor Ort sind und daher die dortigen Gegebenheiten und Bedarfe am besten kennen. Um die Landesziele erfolgreich umsetzen zu können, sind daher eine breite Information, Beteiligung (vergleiche (Bürger-)Beteiligungsverfahren auf EU-Ebene) und Kooperation häufig der beste Weg.

Digitale Unterstützung erleichtert hier die Vernetzung und kann die Kooperation effizienter gestalten, beispielsweise durch digitale, moderierte Diskussionsforen. Zudem kann die Reichweite durch digitale Verfahren erhöht werden und die Auswertung von Rückmeldungen effizienter erfolgen. Wir nutzen digitale Kooperationsmodelle, um mit den Kommunen insbesondere über die kommunale Selbstverwaltung, z.B. Wasser und Abwassermanagement, ebenfalls einen Beitrag zur Einhaltung von Umweltschutzziele zu leisten.

b. *Wir stellen unsere Daten soweit möglich als offene Daten zur Verfügung und fördern den Austausch von Daten zwischen anderen Beteiligten, um Innovation zu ermöglichen.*

Wir streben gemäß dem Open-Data-Prinzip „open-by-default“⁷ die offene Bereitstellung der von uns erhobenen Daten an, um dadurch die Schaffung von Mehrwerten mit Blick auf den Schutz der Umwelt und des Klimas sowie auf Landwirtschaft zu unterstützen und somit Transparenz und Mitbestimmung zu ermöglichen.

Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Lehre sowie anderen Ressorts sollen unsere Datengrundlagen nutzen können, um neue Lösungen für die Herausforderungen im Umwelt- und Klimaschutz, in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum zu entwickeln. Dazu wollen wir auch notwendige Prozesse optimieren, um Daten schnell, verlässlich und effizient zur Verfügung stellen zu können.

⁷ Daten werden grundsätzlich immer offen bereitgestellt, es sei denn, es besteht eine ausreichende Begründung für deren Verschluss (beispielsweise Sicherheitsinteressen).

Des Weiteren setzen wir uns mit den Anforderungen von Beteiligten auseinander, um unter Berücksichtigung vorhandener Rahmenbedingungen Daten zeitgemäß und standardisiert bereitzustellen. Für eine wirtschaftliche Umsetzung dieser Ziele nutzen wir landesweite und länderübergreifende Kooperationen. Mit der bestehenden Infrastruktur für Metadaten und Dienste ist eine Grundlage für die Bereitstellung selbiger nach dem „Publish-find-bind“-Prinzip⁸ gegeben. Standardisierte Schnittstellen bieten die Möglichkeit eines „Once-Only“-Prinzips⁹. Dieses Prinzip, die daraus resultierende Akzeptanz der Beteiligten sowie definierte rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen können zukünftig ein optimiertes Erschließen weiterer OpenData-Bestände erlauben.

Neben unseren eigenen Daten streben wir an, dass auch externe Beteiligte in unserem Zuständigkeitsbereich vermehrt die von ihnen erhobenen Daten und das Wissen miteinander teilen. Auf diese Weise können neue Ideen für Kooperationen sowie Synergie- und Lerneffekte entstehen und die Zusammenarbeit wird erleichtert.

Wissenstransfer ist entscheidend, um die besten Lösungen für die gemeinsamen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu finden. Wir fördern daher den Wissenstransfer zwischen Kommunen, regionalen Pilotprojekten sowie Forschungseinrichtungen, um die Anstrengungen hinsichtlich des Schutzes von Klima, Umwelt und Ressourcen innerhalb von Brandenburg zu unterstützen. Dazu wollen wir einen Beitrag leisten, indem wir eine sichere Infrastruktur bieten, die den Beteiligten ihre Datensouveränität sichert. Indem die Datenhoheit weiterhin bei den Datenhaltenden liegt, steigt die Akzeptanz und Bereitschaft, Daten zu teilen, und die Verantwortlichkeiten für eine hohe Datenqualität werden dadurch dezentral verortet.

Neben der Bereitstellung von Daten schaffen wir transparente und auf die Nutzenden zentrierte Angebote zu den von uns erhobenen Daten, um die politische Entscheidungsfindung sowie deren Kommunikation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu erleichtern. Nutzungsfreundlich angebotene Umwelt-

⁸ „Ein Anbieter [...] stellt seine webbasierten Dienste plattformübergreifend zur Verfügung und veröffentlicht die dazugehörigen Metadaten in einem Verzeichnis [...]. Ein solches Verzeichnis ist ein Metadateninformationssystem in einem Geoportal. Der Nutzer [...] ist so in der Lage, die Dienste öffentlich zu finden und diese selbst zu nutzen - zum Beispiel indem er sie in seine eigene Geodatenanwendung einbindet.“ Link: <https://www.gdi-infotour.de/html/voraussetzungen-einer-gdi> .

⁹ „Ziel des Once-Only-Prinzips ist es, dass Bürger und Unternehmen bestimmte Standardinformationen den Behörden und Verwaltungen nur noch einmal mitteilen müssen. Unter Einbeziehung von Datenschutzbestimmungen und der expliziten Zustimmung der Nutzer ist es der öffentlichen Verwaltung erlaubt, die Daten wiederzuverwenden und untereinander auszutauschen. Das Once-Only-Prinzip ist Teil der Bemühungen der Europäischen Union (EU), den Digitalen Binnenmarkt durch Verringerung des Verwaltungsaufwands für Bürger und Unternehmen weiterzuentwickeln.“ Link: <https://de.wikipedia.org/wiki/Once-Only-Prinzip> .

daten und Visualisierungen (beispielsweise Biotope, Restriktionen, Landnutzung, Treibhausgasemissionen) sind Grundlagen für Partizipations- und Kollaborationslösungen für die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie Träger öffentlicher Belange.

Neben der Transparenz des öffentlichen Handelns, beispielsweise über die Flächenverteilung und Flächenbewirtschaftung, sowie den Beitrag Brandenburgs zur Erreichung von Klimaschutz- und Nachhaltigkeitszielen können so effizientere Prozesse für politische Entscheidungen gefördert werden. Zudem wird den Unternehmen die Möglichkeit geboten, innovative Anwendungen für diverse Lebenslagen zu entwickeln.

c. *Wir nutzen die Digitalisierung, um die Land- und Forstwirtschaft als attraktive Branche zu vermitteln und begegnen dem Fachkräftemangel proaktiv.*

Der Fachkräftemangel trifft auch die Land-, Forst-, Klimaschutz- und Umweltwirtschaft sowie die dazugehörigen Verwaltungsbereiche. Der verstärkte Einsatz digitaler Ansätze kann ein Hebel sein, um in Konkurrenz mit anderen Berufsfeldern modern aufzutreten und die Attraktivität dieses Berufszweigs zu steigern. Die Prozesse für die Zertifizierung von Ausbildungsbetrieben, die Datenübernahme und die Datenhaltung sind optimiert. Mit der inhaltlichen und funktionalen Weiterentwicklung des vorhandenen Portals „LUIS-Dienst Agrarausbildungsbetriebe“ liegt eine attraktive Lösung vor mit umfangreichen und auf die Zielgruppe Schulabgehende und Studierende ausgerichteten Informationen.

4 Ausblick: Umsetzung und Weiterentwicklung

Die formulierten digitalpolitischen strategischen Ziele sind zweifelsfrei komplex und herausfordernd – nicht zuletzt aufgrund ihres Umfangs. Nichtsdestotrotz möchten wir uns mit unserer digitalpolitischen Ressortstrategie ambitionierte Ziele setzen. Deren Umsetzbarkeit ist jedoch nicht alleine vom Einsatz unserer eigenen, bestehenden Kräfte abhängig. Wir werden dort, wo es nötig ist, verstärkt den Austausch mit anderen Ressorts suchen, um gemeinsam Digitalisierungsvorhaben voranzutreiben.

Darüber hinaus steht die Zielerreichung vor einem grundsätzlichen Umsetzungsvorbehalt, dem durch die Erfüllung von mehreren Voraussetzungen begegnet werden kann.

4.1 Voraussetzungen für die Umsetzbarkeit und Zielerreichung

Um die gesetzten Ziele erfolgreich erreichen zu können, bedarf es landesweiter Anstrengungen in den folgenden Bereichen:

- Die **Bereitstellung notwendiger technischer Infrastruktur** stellt eine Mindestvoraussetzung für die Umsetzung eines Großteils der strategischen Ziele und damit der konkreten Digitalisierungsvorhaben dar. Beispielsweise entsteht ein Mehrwert aus gut aufbereiteten Datenbereitstellungen für die Öffentlichkeit nur dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen auch in ländlichen Regionen über eine stabile und starke Internetverbindung verfügen, um diese nutzen zu können. Ebenso muss das MLUK (inklusive seiner Behörden) selbst mit der notwendigen technischen Ausstattung versorgt werden, um den Arbeitsalltag digitaler gestalten zu können.
- Der **Brandenburgische IT-Dienstleister (ZIT-BB) muss gestärkt werden**, sodass er mit ausreichenden Ressourcen und Kompetenzen den durch die zahlreichen digitalpolitischen Ressortstrategien wachsenden Anforderungen angemessen begegnen kann.
- Der **grundlegende digitale Modernisierungsauftrag** der öffentlichen Verwaltung **bedarf angemessener Ressourcen**. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung wird in allen Bereichen erhebliche personelle und finanzielle Bedarfe haben. Das betrifft nicht nur die Implementierung neuer digitaler Verfahren, sondern auch den Betrieb sowie die Pflege und Weiterentwicklung.

4.2 Weiterentwicklung und Umsetzungsorganisation im Ressort

Nach vorne blickend wollen wir uns als Ressort noch stärker so aufstellen, dass wir die Ziele dieser Strategie und unsere Digitalisierungsvorhaben erfolgreich umsetzen beziehungsweise deren weitere Entwicklung eng begleiten können. Dazu gehören unter anderem:

- die Weiterentwicklung, Ergänzung und gegebenenfalls Anpassung dieser Strategie (beispielsweise an eine veränderte Gesetzgebung, technologische Neuerungen und Chancen, veränderte haushälterische Möglichkeiten, sich verschiebende politische Prioritäten),

- die effiziente und effektive Umsetzung bereits angeschobener und zukünftiger Maßnahmen,
- eine Priorisierung und daraus resultierende Fokussierung (dargestellt in mittelfristigen Planungen).

Um einen nachhaltigen Erfolg sicherzustellen, sollten die oben genannten Aufgaben innerhalb des Geschäftsbereichs des MLUK auf viele Schultern verteilt werden.

Wir sind der Meinung, dass es eines fachübergreifenden Austauschs bedarf: Voneinander lernen, gute Beispiele und Erfahrungen teilen, gemeinsame Zukunftsvisionen entwickeln, kongruente Ziele definieren und konkurrierende erkennen, Hemmnisse benennen und Lösungen finden. Der Einbezug der nachgeordneten Behörden ist hier besonders wichtig, da dort das größte Umsetzungspotenzial mit Blick auf die formulierten Ziele liegt.

Neben den Fachabteilungen in den konkreten Vorhaben sind es insbesondere Mitarbeitende aus der zentralen Abteilung, die sich in Gremien landesweit¹⁰ und bundesweit¹¹ zu Strategien, Technologien, gemeinsamen Projekten und Kooperationen verständigen und die übergeordneten Vorhaben des MLUK steuern.

Um diese komplexen Aufgaben sachgemäß und dem Ambitionsniveau der Strategie angemessen erfüllen zu können, sind hier neben den notwendigen personellen Ressourcen ebenfalls digitale Ansätze denkbar, wie beispielsweise ein digitales Controlling-System zur Fortschrittsberichterstattung, anhand dessen zudem der Aufwand für die regelmäßige Berichterstattung durch die Fachabteilungen und Behörden möglichst gering gestaltet werden könnte.

Auch für einen verstärkten Austausch zu gemeinsamen und ähnlichen Herausforderungen sowie möglichen Lösungsansätzen (beispielsweise durch Nachverwendung externer Leistungen durch andere öffentliche Gebietskörperschaften) in der Digitalisierung über die Ressort- und Landesgrenzen hinaus sind wir offen. Gemeinsam wird es uns gelingen, unseren Beitrag zu leisten, um Brandenburg noch digitaler zu gestalten.

¹⁰ RIO-Ausschuss, IMAGI, IMAG Digitalpolitik und weitere

¹¹ BLAG UDig, StA UV, KoopUIS, OZG-Koordinierung

**Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und Klimaschutz
des Landes Brandenburg**

Referat Öffentlichkeitsarbeit
und Internationale Kooperation

Henning-von-Tresckow-Straße 2 - 13, Haus S
14467 Potsdam

Telefon: 0331 866-7237

mluk.brandenburg.de
agrar-umwelt.brandenburg.de

